



AK trägt Widerstand gegen Angriffe auf gesetzliche Pensionen ins Parlament



40.000 Unterschriften für AK-Bürgerinitiative Pensionen! Gesetzliche Pension jetzt in der Verfassung verankern!

Konservative PolitikerInnen werden nicht müde das gesetzliche Pensionssystem schlecht zu reden. Zuletzt war es Ex-Finanzminister und Ex-Versicherungsdirektor Löger der behauptete, „dass es nicht möglich sei, die staatlichen Pensionen auf Dauer zu sichern“, und diese durch Privatpensionen (teilweise) ersetzen wollte.

Schützenhilfe leisten dabei selbst ernannte Pensionsexperten, die im Auftrag von Versicherungskonzernen, Banken und Privatfonds ungerechtfertigt aber beharrlich ein düsteres Zukunftsbild über die Finanzierung der gesetzlichen Pensionen malen. Damit wird bewusst das Vertrauen in unser intaktes gesetzliches Pensionssystem erschüttert um die Geschäftsinteressen privater Versicherungskonzerne zu bedienen.

Eine Initiative besonders für Junge!

Jene, die das funktionierende und bewährte gesetzliche Pensionssystem ständig herabwürdigen, versuchen den Jungen vorzumachen, dass sie keine existenzsichernde Pension zu erwarten hätten. Sie sollen auf diese Weise zum Abschluss einer privaten Pensionsvorsorge gedrängt werden.

Privatisierung der Pensionen verhindern!

Privatpensionen unterliegen den Risiken der Finanzmärkte und dürfen kein Spekulationsobjekt für Finanzhaie sein. Deshalb fordert die AK mit den UnterstützerInnen der Bürgerinitiative die verfassungsrechtliche Absicherung des gesetzlichen Pensionssystems.



Mit der Einreichung beim Parlament ist jedoch die Bürgerinitiative zur verfassungsrechtlichen Absicherung keineswegs abgeschlossen. „Wir werden weiterhin intensiv Unterschriften sammeln und möglichst viele Abgeordnete aller Parteien zu überzeugen um unser Anliegen zu unterstützen“, sagt Erstunterzeichner Dr. Hans Kalliauer.

Die AK-Bürgerinitiative kann auch online auf der Homepage des Parlamentes unter www.parlament.gv.at unterstützt werden.

Oben: AK-Präsident Kalliauer übergibt NR-Präsidentin Bures die Unterschriften der Bürgerinitiative „Verfassungsrechtliche Absicherung des solidarischen gesetzlichen Pensionssystems nach dem Umlageverfahren“.

Finanzierbarkeit des Pensionssystems

Während der Anteil der über 65-jährigen bis 2060 von 19% auf 30% steigen wird, nimmt der Anteil der Wirtschaftsleistung (BIP), der für die Pensionen aufgewendet werden wird, nur von ca. 14% (2016) auf max. 15% (2030) zu. Danach sinkt der Anteil wieder bis auf 14,3%.

Dies als unfinanzierbar darzustellen ist lächerlich. Vor allem deshalb, weil das BIP ein höheres ist.

Die Menschen entscheiden bei Wahlen

Letztlich ist die Finanzierung vom politischen Willen abhängig:

- Entweder man gestaltet das Pensionssystem so, dass die Menschen in die Privatpension getrieben werden.
- Oder man sieht die Pensionen als Gegenleistung für eine Lebensleistung von Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben.
- Die Richtung entscheiden die WählerInnen.

